

Im neuen Gewand

Vor nunmehr fast 15 Jahren ist das ZdK erstmals mit einem eigenem Corporate Design (CD) an die Öffentlichkeit getreten. Unser CD ist in dieser Zeit zu einem Erkennungs- und Markenzeichen des ZdK geworden, auch für die SALZkörner, die mittlerweile über 7000 Entscheidungsträger in Kirche und Gesellschaft erreichen.

Nach einer behutsamen Weiterentwicklung unseres Erscheinungsbildes finden Sie heute die SALZkörner in neuem Gewand vor. Insbesondere das Logo und das Farbklima haben sich geändert. Unser Ziel war es, den Wiedererkennungswert des bisherigen Logos zu erhalten, aber mit einer modernen, leichteren Linie weiterzuarbeiten und vor allem den Nutzwert des CD's für die verschiedenen Elemente des öffentlichen Auftretens des ZdK zu steigern. Dies drückt sich beispielsweise in der zeitgemäßen Farbgebung und einer dynamischeren Konzeption des Logos aus, das darüber hinaus unser Kürzel "ZdK" nun als festen Bestandteil enthält.

Das Erscheinungsbild einer Institution ist wichtig. Wichtiger freilich ist, was diese Institution will und wofür sie da ist. Nach wie vor steht das ZdK für die katholischen Frauen und Männer, die sich in Laienräten, in Verbänden, Bewegungen, Initiativen und Organisationen aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft und der Kirche in Deutschland beteiligen. Hierbei werden die SALZkörner Sie weiter unterstützen - auch im neuen Gewand.

Stefan Vesper

11. Jg. Nr. 1 23. Februar 2004

Inhalt

Christliches Weltkulturerbe

Kulturförderung

Thomas Sternberg

2

Was hilft gegen Kurzsichtigkeit?

Sozialstaatsreform

Franz Xaver Kaufmann

4

Das Soziale neu denken

Gedanken zu einem umstrittenen Text

Renate Müller

6

Präsenz um Gottes Willen

Kirche an der Universität

Lukas Rölli

7

Dialog von der Gegenwart Gottes

Gestaltung eines kirchlichen Raumes als Botschaft

Detlef Stäps

9

Ökumenisch unterwegs

95. Deutscher Katholikentag Ulm 2004

Lioba Speer

11

Christliches Weltkulturerbe

Für eine dezentrale und plurale Kulturförderung

Beschäftigt man sich mit europäischer Kultur, dann ist deren Verankerung in ihren christlichen Traditionen unübersehbar. Bibel und Christentum sind seit 1700 Jahren Grundlage europäischer Kultur in Recht, Wissenschaft, Haltungen, Gebräuchen und Kunst. Dies gilt nicht nur in einem weiten Begriff von Kultur, sondern auch für die Kultur im engeren Sinne der künstlerischen Ausdrucksweisen.

Unsere Städte und Dörfer werden geprägt durch Kirchenbauten, die Sprache basiert auf der Bibelübersetzung Martin Luthers, Literatur und Theater variieren biblische Anspielungen, die Musik entwickelte sich aus der textbetonenden Musik der Gregorianik, die Bildende Kunst geht auf die Darstellung biblischer Ereignisse zurück. Die Museen sind angefüllt mit Werken christlicher Thematik, und was bliebe in den Kunstreiseführern übrig, tilgte man alle christlichen Bau- und Kunstwerke? Die Bibel ist für Europa das wichtigste "Weltkulturerbe". Noch bis in die Zeit der Reproduktionstechniken von Musik und Bild vor 200 Jahren waren die kulturellen Erfahrungen der meisten Europäer christlich gebunden. Das christliche Erbe, das immer wieder in der Lage war, fremde Einflüsse aufzunehmen und zu integrieren, ist für die kulturelle Identität Europas konstitutiv. Dies gilt nach wie vor, wenn auch in einer erheblich verminderten Exklusivität. Vielleicht aber wird das christliche Erbe in dem Maße wichtiger, als es angesichts kultureller Infragestellung zu unsicheren Identitäten kommt.

Keine katholische Sonderkultur

Im 19. Jahrhundert versuchte die katholische Kirche eine Sonderkultur herauszubilden – eine Absicht, deren Scheitern spätestens durch das II. Vatikanische Konzil vor 40 Jahren eingestanden wurde. Seitdem ist die Aufgabe klar formuliert: "den Bruch zwischen Evangelium und Kultur", das "Drama der Epoche" (Paul VI.) zu überwinden. Christen haben ein Interesse an der Pflege des säkularen kulturellen Lebens in Deutschland, was etwa vom Zentralkomitee der Katholiken (ZdK)

und der evangelischen Kirche immer wieder herausgestellt wird.

In der im Herbst des vergangenen Jahres eingesetzten Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Kultur in Deutschland" geht es um die Bestandsaufnahme der Landschaft des kulturellen Lebens in Deutschland und die Prüfung von Notwendigkeiten für die Verbesserung von Rahmenbedingungen und der sozialen Situation der in diesem Bereich Tätigen. In den Publikationen zum kulturellen Leben wird die Kulturtätigkeit der Kirchen fast nie wahrgenommen. Dabei treten die Kirchen selbst als wichtige Akteure des kulturellen Lebens in Deutschland auf. In den Kulturstatistiken kommt dieser Bereich erstaunlicherweise in der Regel gar nicht vor; ein Indiz für den abgebrochenen Dialog. Dabei sind hier beeindruckende Zahlen für Breiten- und Basisarbeit wie für Spitzenleistungen der Kultur zu nennen:

Kulturelle, kirchliche "Schatzkammern"

Als erstes Beispiel das Musikleben: Vor allem die Kirchenchöre, die Dom- und Pfarrsingschulen sind zu nennen, die vom einfachen Laienchor bis zu Spitzenensembles wie den Regensburger Domspatzen reichen. In 16.000 katholischen Chören sind mehr als 400.000 Chormitglieder tätig. Im Bereich der EKD kommen in fast 26.000 Kirchen- und Posaunenchorern etwa 450.000 Musikerinnen und Musiker zusammen. Hauptberuflich sind in den Kirchen der EKD über 2.300, im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz 1.600 Kirchenmusiker beschäftigt. Hierzu kommen allein im katholischen Bereich nochmals 15.600 nebenberufliche Kirchenmusiker. Sie werden in 34 katholischen und evangelischen Kirchenmusikschulen ausgebildet. Die Zahl der Kirchenkonzerte liegt allein bei den evangelischen Gemeinden bei ca. 35.000. Auf dem Land sind Kirchenräume zum Teil nach wie vor der nahezu einzige Ort für Aufführungen sog. "E-Musik".

Beispiel Bildende Kunst: Vor allem sind die kirchlichen Museen und Schatzkammern zu nennen, von denen die katholische Kirche 43 in alleiniger und weitere mehr als 100 in konzeptioneller oder finanzieller Beteiligung unterhält. Das Ausstellungswesen in Kirchen, die Tagungen und Kunstaktionen seien nur als Stichwort genannt.

Beispiel Literatur: Katholische und evangelische öffentliche Büchereien nehmen eine ortsnahe Grundversorgung mit Literatur wahr. In den mehr als 4.000 katholischen Büchereien stehen über 20 Millionen Medien-Einheiten zur Ausleihe, die von mehr als 25.000 ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt werden. Die Kirchen loben eine Reihe von Literaturpreisen aus: vom katholischen Kinder- und Jugendbuchpreis bis zum evangelischen Marie-Luise Kaschnitz-Preis.

Bedeutung in völlig entchristlichten Gebieten

Zum Beispiel Denkmalpflege: Kirchen sind identitätsstiftende Gebäude weit über die aktive Gottesdienstgemeinde hinaus. Welche Bedeutung sie selbst in völlig entchristlichten Gebieten haben, wird besonders bei Abbruchabsichten deutlich. Kirchenführungen erfreuen sich größter Beliebtheit und werden zumeist ehrenamtlich organisiert. Zwischen 1996 und 2000 hat allein die katholische Kirche über zwei Milliarden Euro in den Denkmalschutz der zum Teil von der UNESCO als Weltkulturerbe geschützten Gebäude investiert. Sie ist damit nach dem Staat die Institution mit dem größten finanziellen Engagement im Denkmalschutz.

Vom Film wäre zu reden: nicht allein über die kirchlichen Filmgesellschaften, sondern über Medienstellen, wie sie in allen deutschen Bistümern und Landeskirchen bestehen, über den renommierten "film-dienst" als Rezensionsorgan, über Lizenzerwerb und Vertrieb des "katholischen Filmwerks" in Frankfurt. Und auf die kulturelle Bildung in der weit entwickelten kirchlichen Erwachsenenbildungsarbeit mit ihren Familien-Bildungsstätten, den Heimvolkshochschulen und Akademien wäre hinzuweisen. Und nicht zuletzt ist auf die Liturgie der Kirche zu verweisen, die vielleicht der wichtigste Beitrag der Kirche zur Kultur ist.

Kirchen in kulturpolitischen Debatten wahrnehmen

Welche Wünsche haben die Kirchen an die Weiterentwicklung der Kulturpolitik im Rahmen einer Kommission des Bundestages, dem weder grundgesetzlich noch in der Praxis der erste Rang

auf diesem Politikfeld zukommt? Der Bund kann für Rahmengesetze und vor allem für die überregionale Debatte von Problemen sorgen, die fast nur auf der lokalen Ebene diskutiert werden. Die Kirchen wollen eine dezentrale und plurale Kulturförderung, die ihre eigenen kulturellen Tätigkeiten nicht behindert, sondern stützt. Vor allem sollte diese Tätigkeit in ihrem Volumen die angemessene Wahrnehmung in den kulturpolitischen Debatten finden. Sie soll mit staatlichen, öffentlichen und privaten Aktivitäten vernetzt werden können – dies ist allerdings vor allem eine Aufgabe für die Kirchen selbst. Unter den Stichworten der Kommission "Bürgerschaftliches Engagement", "Soziokultur", "Kulturelles Erbe", "Public-private-Partnership", "Ehrenamtsförderung", "soziale Sicherheit im Kulturbereich" und "kulturelle Bildung" sollen die kirchlichen Aspekte eingebracht werden.

Deutschland als Kulturnation wird durch die Kirchen und ihre Aktivitäten wesentlich mitgeprägt. Es stellt sich für die Kirchen allerdings die Frage, wie bei zurückgehenden Kirchenanteilen von zur Zeit noch zwei Dritteln der Bevölkerung und schwindender finanzieller Sicherheit dieser Kulturbetrag zu sichern ist.

Christen haben an einem entwickelten kulturellen Leben auch abseits der unmittelbaren Nutzungsinteressen von künstlerischen Produktionen ein starkes Interesse. Ihr Einsatz gilt zuerst und besonders deutlich dem Bereich des Sozialen, wo die Kirchen ein unübersehbarer Partner des Staates sind (im Themenbereich der Enquetekommission "Soziale Situation der Kulturschaffenden" handelt es sich um ein soziales Thema!). Sie wollen sich für die Kultur engagieren auch abseits der thematischen Verknüpfung mit religiösen Inhalten. Denn an einem entwickelten kulturellen Leben, das nicht in Event, Trivialisierung und Vernutzung aufgeht, haben Christen ein fundamentales Interesse. Kultur als Bewahrung eines Bereiches, der sich Übernützlichkeits und Zweckfreiheit zumindest im Kern bewahrt, ermöglicht Ortsbestimmung und Zukunftsperspektive des Einzelnen und der Gesellschaft.

Prof. Dr. Thomas Sternberg, Mitglied der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" des Deutschen Bundestages und Mitglied des ZdK

Was hilft gegen Kurzsichtigkeit?

Langzeitorientierung als Schlüssel einer Sozialstaatsreform

Ist die derzeitige Situation in Deutschland tatsächlich aussichtslos? Glaubt man einigen politischen Meinungsführern, die sich aus allen politischen Lagern zu Wort melden, so droht man angesichts ihres Reformgeschreis tatsächlich in Lethargie zu verfallen. Aber die Vorstellung, man könne der derzeitigen Misere durch einen großen Befreiungsschlag – durch die Überwindung eines "Reformstaus" – entkommen, ist bloßes Wunschdenken naiver Gemüter oder mehr noch die Konsequenz massenmedial gezüchteter Erwartungshaltungen. Die Umorientierung und die Reformen brauchen Zeit. Ungeduld und der kurzsichtige Blick auf Umfrageergebnisse sind hier fehl am Platze.

Seit der Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch des Ostblocks steht die Bundesrepublik Deutschland vor umfassenderen Herausforderungen als je zuvor in ihrer bisherigen Geschichte. Und diese betreffen nicht nur die Strukturreformen des Föderalismus, der Finanzverfassung und des Steuerwesens, des Arbeitsmarktes, des Gesundheits- und Bildungswesens und der sozialpolitischen Umverteilung. Die Verschiebung der weltpolitischen Kraftfelder und die zunehmende europäische Integration haben auch zu einem Orientierungsverlust der bisherigen politischen Ideen geführt. Nun steht Deutschland vor einer Kumulation von Folgeproblemen, und dies im Horizont einer seit längerem stagnierenden Weltkonjunktur.

Gegenwartsorientierung politischer Entscheidungen

Institutionelle Innovationen scheinen vor allem auf zwei Gebieten dringlich: zum einen hinsichtlich der Form des Föderalismus und zum zweiten hinsichtlich einer stärkeren Gewichtung langfristiger Entwicklungen. In der Föderalismuskommission wird es insbesondere auf eine stärkere Entkoppelung der Entscheidungsebenen ankommen. Eine erfolgreiche Bearbeitung dieses Themas wird kaum ohne eine gleichzeitige Reform der Finanzverfassung gelingen können, worauf Finanzminister Hans Eichel kürzlich zu Recht hingewiesen hat. Beide Themen müssen gemeinsam angegan-

gen werden, was durch den bisherigen Auftrag an die Föderalismuskommission leider nicht gedeckt ist. Hier steht eine grundlegende Reform an, welche voraussichtlich Änderungen des Grundgesetzes erfordert und schon wegen der hierfür erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat nur im Zusammenwirken der beiden großen Volksparteien gelingen kann.

Diese Reform ist vordringlich, denn zweckmäßige Reformen des Körperschafts- und Einkommenssteuerrechts setzen eine Klärung der Finanzverfassung voraus. Entscheidungen über die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme können zudem nicht ohne Rücksicht auf die Reform des Einkommenssteuerrechts gelingen. Insbesondere die Beitragsbemessungsgrenzen und der Familienlastenausgleich müssen im Zusammenhang beider Reformen gesehen werden.

Nun zum zweiten Problem: Die institutionelle Sicherung stärkerer Langfristorientierung politischer Entscheidungen. Eine besonders problematische Wirkung der etablierten Formen politischer Willensbildung ist die Verkürzung der relevanten Zeithorizonte, eine Gegenwartsorientierung der Politik, welche längerfristige Konsequenzen vernachlässigt. Ein Beispiel ist die fortgesetzte Einschränkung der Rücklagen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie sollten ursprünglich einer Jahresausgabe entsprechen, wurden aber mit den jüngsten Beschlüssen nunmehr auf nur noch 20 Prozent einer Monatsausgabe festgelegt. Natürlich schränkt dies die Anpassungsfähigkeit der Rentenversicherung immer weiter ein und macht neue gesetzliche Anpassungen in immer kürzeren Zeitabständen erforderlich.

Nachhaltigkeit

Was lässt sich dagegen tun? Vor allem im Zusammenhang mit Umweltproblemen und der Staatsverschuldung wird seit einiger Zeit ein "Recht zukünftiger Generationen" postuliert, das 1994 auch Eingang in Art 20 a GG gefunden hat. Diese Verfassungsbestimmung, die auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit beruht, bleibt jedoch bislang zahnlos, sie verpflichtet Regierung und Parlament nicht, die Folgen von Entscheidungen im Hinblick auf zukünftige Generationen zu prüfen.

Im Bereich der Sozialpolitik, der immerhin rund ein Drittel des Volkseinkommens betrifft, fehlt es im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik mit ihrem

Sachverständigenrat nahezu vollständig an wissenschaftlicher Dauerbeobachtung und an einer von Ministerialbürokratie und Verbänden unabhängigen Beratung von Regierung und Parlament. Die aktuelle Vielzahl der Ad-hoc-Kommissionen – Hartz, Rürup, und Herzog sind nur die prominentesten – zeigt schon, dass es hier an institutionalisiertem Sachverstand fehlt. Der Staatsrechtler und frühere Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Hans F. Zacher, hat deshalb die Schaffung eines von Ministerial- und Verbandsinteressen unabhängigen "Rates für die Begutachtung der sozialen Entwicklung" vorgeschlagen. Er soll periodisch über die politischen Regelungen, Einrichtungen und Maßnahmen sowie ihre Wirkungen auf die Lebensverhältnisse der Bevölkerung und ihre soziale Lage berichten. Die deutsche Bischofskonferenz hat in ihrem Memorandum "Das Soziale neu denken" diesen Vorschlag aufgegriffen.

Die derzeitige Situation verlangt von den politischen Akteuren, dringend neue Prioritäten. Ich will dies an zwei Beispielen verdeutlichen.

(1.) Durch den Bericht der Enquete-Kommission "Demographischer Wandel" des deutschen Bundestages gewinnt man den Eindruck eines demographischen Fatalismus. Die absehbare Bevölkerungsentwicklung wird als unbeeinflussbare Gegebenheit angesehen, der sich die Politik anzupassen hat. Von daher wird verständlich, warum die Nachwuchssicherung im Empfehlungsteil keine Rolle spielt und Familien- und Bildungspolitik lediglich marginal angesprochen werden. Das ist eine für die Zukunftschancen Deutschlands verhängnisvolle Einstellung. (2.) Nicht weniger problematisch sind die Empfehlungen der Hartz-Kommission, welche lediglich die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, aber nicht die Schaffung von mehr Arbeit anvisieren.

Grenzmarkierungen für eine Sozialstaatsreform

Die Bundesregierung vermarktet ihre Reformen mit einer Plakataktion, bei der mit Slogans wie "mehr Arbeit" oder "Steuern runter" geworben wird. Ich möchte analog dazu vier Slogans für unsere derzeitigen Probleme formulieren, welche die Sachverhalte natürlich grob vereinfachen, aber Grenzmarkierungen für alle zukunftstauglichen Wege einer Sozialstaatsreform darstellen können:

1. Arbeit ist zu teuer in Deutschland. Das wird die Gewerkschaften nicht erfreuen, bleibt aber trotzdem richtig, worauf Hans-Werner Sinn in seinem Buch "Ist Deutschland noch zu retten?" hingewiesen hat. Die am schnellsten wirksame und schmerzloseste Methode, Löhne und Produktivität wieder tendenziell in Einklang zu bringen, wäre eine Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich.

2. Ohne mehr Kinder sehen wir alt aus. Dabei geht es nicht um Bevölkerungspolitik, sondern um Nachwuchssicherung. Nicht die Köpfe, sondern die Fähigkeiten und Motive der nachwachsenden Generationen zählen, und zwar nicht nur die wirtschaftlich verwertbaren Kompetenzen (das so genannte Humankapital), sondern auch die "Daseinskompetenzen" als Bürger, Eltern und Mitglieder der Zivilgesellschaft, das so genannte Humanvermögen.

3. Staatsschulden können uns erdrosseln. Auch wenn eine gewisse Staatsverschuldung mit investiven Zwecken zu rechtfertigen ist, fungiert die Staatsverschuldung praktisch als Weg des geringsten Widerstandes, um verschärfenden Verteilungskonflikten heute aus dem Wege zu gehen.

4. In der Not ist auf den Staat Verlass. Viele Umfragen deuten darauf hin, dass die Solidaritätsbereitschaft in der deutschen Bevölkerung mit den vom Schicksal Benachteiligten grundsätzlich intakt ist. Auch in Zukunft kommt es in erster Linie auf die Armutsfestigkeit, auf die Verlässlichkeit einer staatlich gewährleisteten Mindestsicherung der Lebensbedingungen an.

Guter Wille fehlt

Die Verständigung über diese Ziele als solche ist vorhanden. Was aber nach wie vor fehlt, ist der Wille, diesen Zielen die erste politische Priorität einzuräumen. Gemeinsame Lösungen im Sinne dieser Ziele sind desto eher möglich, je weniger die politischen Verhandlungen unter dem Druck von Wahlterminen stehen und je weniger die beiden Kammern des Parlaments einander blockieren. Und wenigstens dagegen kann die öffentliche Beschwörung einer Reformblockade nützlich sein.

Prof. Dr. Franz Xaver Kaufmann, emeritierter Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld

Das Soziale neu denken

Gedanken zu einem umstrittenen Text

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wies Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877) in seinen Predigten immer wieder darauf hin: Soziale Fragen betreffen den Kern des Glaubens. Die gesellschaftliche Situation, die nach wie vor durch Spaltungen gekennzeichnet ist, fordert die Christinnen und Christen dem Wort Bischof Kettelers folgend heraus, sich für Solidarität und Gerechtigkeit einzusetzen. Maßstäbe, die auch das Sozialwort der deutschen Bischöfe aufgreift.

Der am 12. Dezember 2003 veröffentlichte Impulstext der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz möchte im Rahmen der aktuellen gesellschaftlichen Debatte um die Zukunft des Sozialstaats einen Beitrag leisten. Der Text hat kurze Zeit Aufmerksamkeit in den Medien erzeugt. Harsche Kritik hagelte es vor allem von den in der Kirche in sozialen Fragestellungen engagierten Personen und Verbänden. Genährt wurde und wird diese Kritik auch durch den Vergleich mit dem fast zeitgleich veröffentlichten Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich. Zu beachten bleibt aber, dass ein Impulstext dazu motivieren will, auch die kritischen Anmerkungen aufzugreifen und in die weitere Debatte einzubeziehen. Ich möchte mich auf einen in meinen Augen zu wenig im Impulspapier in den Blick genommenen Bereich beschränken: die Zukunft der Arbeit.

Das Wort der Kirchen "Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit" (1997) hat die Grundansätze des Modells einer Tätigkeitsgesellschaft aufgenommen: Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Auch die Erhöhung der Chancen für einen gesicherten Lebensunterhalt unabhängig von Erwerbsarbeit ist ein Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft führt zur Krise des Sozialstaates und umgekehrt. So ist festzustellen, dass nach wie vor aus den unterschiedlichsten Gründen das Erwerbsarbeitsvolu-

men sinkt. Die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, die noch immer zur Folge hat, dass trotz aller politischen Bemühungen und Regelungen Frauen und Männer, die sich für Kinder entscheiden, berufliche Nachteile in Kauf nehmen müssen. Die familienfreundlichen Betriebe sind Exoten geblieben. Auch das ist eine der vielfältigen Ursachen für den Verzicht auf Kinder. Die Strukturen der Erwerbsarbeit verhindern nach wie vor, dass Menschen, die sich für Kinder und deren Erziehung entschieden haben, gleichberechtigt weiter an der Erwerbsarbeit teilnehmen können. Trotz Elternzeit und Erziehungsgeld, trotz Preisverleihung für die familienfreundlichsten Betriebe, in der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wir noch keinen Schritt weitergekommen.

Umverteilung nach Maßgabe der Geschlechtergerechtigkeit

Ohne die Umverteilung der verschiedenen Formen der Arbeit: Erwerbsarbeit, Erziehungs- und Pflegearbeit und die ehrenamtliche Arbeit, vor allem unter dem Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit, gehen wir am Kern vieler Probleme vorbei. Auch wenn dies überhaupt nicht populär ist, so muss doch darüber hinaus festgehalten werden, dass die Umverteilung des Erwerbsarbeitsvolumens durch Arbeitszeitverkürzung und mehr Teilzeitarbeit längst ansteht. Zudem gilt es neue Formen der Arbeit zu entwickeln, die sich durch Mit- und Selbstbestimmung, durch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch die Einbindung in überschaubare Strukturen regionalen Wirtschaftens, durch ökologische Rücksichtnahme usw. auszeichnen. Auch die Schaffung neuer bezahlter Erwerbsarbeit z. B. im Bereich der Ökologie und der personennahen Dienstleistungen bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe.

Wer das Soziale neu denkt, muss in das Gesamtkonzept sozialer Sicherung die Zukunft der Arbeit einbeziehen. Die KAB bringt es programmatisch auf den Punkt: Die Tätigkeitsgesellschaft der Zukunft stellt die Beteiligung aller Menschen an allen Formen der menschlichen Arbeit und der Muße sicher.

Renate Müller, Vizepräsidentin des ZdK und Bundessekretärin der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

Präsenz um Gottes Willen

Theologie muss sich auf den wissenschaftlichen Dialog einlassen

Die katholische Kirche ist an den über 270 Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland in vielfältiger Weise präsent. Die institutionellen Einrichtungen der Kirche, in erster Linie die Theologische Fakultäten und die Hochschulgemeinden, geraten allerdings verstärkt unter Rechtfertigungsdruck. In Zeiten knapper Haushalte wird nach dem Sinn der Präsenz von Kirche an der Hochschule gefragt. Nur wenn es gelingt, innerhalb der Kirche diese Präsenz als wichtigen Teil des Auftrags von Kirche in der Welt zu begründen und die Gesellschaft von der "Nützlichkeit" des Dialogs mit dem Christentum zu überzeugen, wird das Verhältnis von Kirche und staatlichen Hochschulen in Deutschland weiter fruchtbar bleiben.

Die staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen Deutschlands sind nach wie vor Zentren der Spitzenforschung und der Ausbildung künftiger gesellschaftlicher Eliten. Steigende Studierendenzahlen und die gleichzeitige chronische Unterfinanzierung sowie der wachsende Konkurrenzdruck von privaten Forschungs- und Ausbildungsunternehmen führen zwar zu einer steigenden Belastung, aber nach wie vor geben die Hochschulen wichtige Impulse für die Entwicklung der wissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Kultur dieses Landes. Wenn Kirche in ihrem missionarischen Handeln der Gesellschaft die Botschaft des Evangeliums anbieten möchte, gehört folglich der Raum von Wissenschaft, Forschung und Lehre, wie er sich in den Hochschulen konkretisiert, zu den unerlässlichen Arbeitsfeldern pastoralen Handelns der Kirche; gerade weil aus diesem Raum mithin die grundlegendsten Anfragen an diese Botschaft aber auch ein vitales Interesse an einem Dialog über transzendente Bezüge jenseits der einzelnen Fachwissenschaft geäußert werden.

Vielfältige Präsenz

An den rund 120 staatlichen und kirchlichen Universitäten und den über 150 Fachhochschulen Deutschlands (ohne die Kunst- und Verwaltungshochschulen) existieren zur Zeit 22 Katholisch-Theologische Fakultäten und Ordenshochschulen; hinzu kommen über 30 theologische In-

stitute. An über 130 der rund 270 Universitäten und Fachhochschulen ist die katholische Kirche mit Hochschulgemeinden präsent. Die Hochschulgemeinden beraten und unterstützen hunderte ausländische Studierende. Das institutionelle Engagement der Kirche im Hochschulraum ist beachtlich.

Horizonte öffnen

"Das Interesse an staatlichen [theologischen] Fakultäten liegt in der Chance des Kontaktes zu anderen Wissenschaften, in der Beteiligung der Theologie an der Auseinandersetzung um das jeweilige Verständnis der Wissenschaft und der Wahrheit und in der Freiheit und Unabhängigkeit theologischer Arbeit", so umschrieb der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, anlässlich der Integration der Theologischen Fakultät in die Universität Erfurt den Sinn der Zusammenarbeit von Kirche und Staat im Bereich der Theologie. Natürlich geht es in der Theologie zuallererst um die Reflexion des Glaubens. An staatlichen Universitäten sieht sich Theologie mit dem Weltverständnis der säkularen Wissenschaften konfrontiert. Sie kann ihr eigenes wissenschaftliches Profil in dieser Auseinandersetzung schärfen. Im Dialog der Wissenschaften hat sie umgekehrt auch die Chance, sich an dem Gespräch über die Grenzen des modernen wissenschaftlichen Weltverständnisses zu beteiligen und das Bewusstsein für die transzendenten Dimensionen des Menschen und der Welt wach zu halten. Als offene Gesprächspartnerin ist sie hier durchaus gefragt.

Auch die Hochschulgemeinden bringen sich in zunehmendem Maß in den Dialog mit den Wissenschaften ein. Darüber hinaus eröffnet Hochschulpastoral durch ihre Angebote zur Persönlichkeitsbildung Studentinnen und Studenten die Möglichkeit, ihren persönlichen Horizont zu erweitern. Und in liturgischen Feiern, geistlicher Begleitung und geistlichen Übungen erhalten Menschen aus dem Hochschulraum Gelegenheiten, eine ihrer Lebenswelt gemäße Spiritualität zu entwickeln und zu pflegen.

Sich in wissenschaftliche Diskurse einbringen

Wenn Kirche ihren Anspruch der Evangelisierung der Kultur im Hochschulraum ernst nimmt, dann müssen sich Theologische Fakultäten und die Hochschulgemeinden – gegebenenfalls in Kooperation etwa mit den Katholischen Akademien – vermehrt in wissenschaftliche Diskurse einbringen.

Dabei geht es darum, in der Auseinandersetzung mit Forschenden, Lehrenden und Studierenden dazu beizutragen, dass in wissenschaftlicher Ehrlichkeit die Grenzen eigenen Erkennens eingezeichnet und erkenntnisleitende Interessen offenlegt werden, und dass das Verantwortungsbewusstsein für die Achtung der Menschenwürde, die Bewahrung der Schöpfung und für Frieden und Gerechtigkeit gestärkt wird. Angesichts der Komplexität gesellschaftlicher Probleme und ethischer Fragestellungen sowie der zunehmenden Differenzierung der Wissenschaften ist dies keine leichte Aufgabe. Wenn die eigene Position profiliert aber auch unvoreingenommen ins Gespräch gebracht wird, besteht die Chance, über den wissenschaftlichen Diskurs hinaus zu einem echten Dialog zu kommen.

Den Menschen nahe sein

Diese wichtige geistige Auseinandersetzung mit den intellektuellen Strömungen der Zeit ist eitles Gehebe, wenn nicht gleichzeitig in der Gegenwart der Kirche die zentrale Botschaft, nämlich die uneingeschränkte Wertschätzung des Menschen als Person durch ihr eigenes Handeln deutlich zum Ausdruck gebracht wird. Hochschulgemeinden haben durch ihr diakonisches Engagement für Menschen in materieller, psychischer und seelischer Not Zeugnis abzulegen für ihre Botschaft.

Von mehreren Seiten hinterfragt

Die eben beschriebene institutionelle Präsenz der Kirche an der Hochschule bleibt allerdings nicht unhinterfragt. Theologische Fakultäten geraten von Seiten des Staates im Zuge von allgemeinen Rationalisierungsbemühungen in der Hochschulpolitik unter Druck. Die hohe Dichte an Fakultäten in bestimmten Regionen erscheint angesichts stark rückläufiger Studierendenzahlen ungerechtfertigt, und die starke Ausdifferenzierung der theologischen Fachdisziplinen ist bei der zunehmenden Unkenntnis der Wissenschaft Theologie auch Bildungspolitikerinnen und -politikern nur noch schwer vermittelbar. In der Kirche selbst werden die Integration der Theologie und damit der wissenschaftlichen Ausbildung eines Großteils des kirchlichen "Personals" in staatliche Universitäten wegen der damit einhergehenden Berührung mit den Entwicklungen der modernen Wissenschaften nicht nur als Segen gesehen: Auseinandersetzungen des Lehramtes mit einzelnen

Theologinnen und Theologen können jene kirchlichen Kreise bestärken, die einen Rückzug der theologischen Bildung aus den staatlichen Universitäten befürworten. Umgekehrt tun die oft mit großer öffentlicher Resonanz ausgetragenen Auseinandersetzungen der inneruniversitären Anerkennung der Theologie als freier Wissenschaft keinen guten Dienst. Die Einstellungspolitik einzelner Bistümer gefährdet darüber hinaus die Berufsperspektiven ganzer Gruppen von Laientheologinnen und Laientheologen.

Die entschiedenen Sparbemühungen, die verschiedene Diözesen zur Zeit verfolgen, machen auch vor der Hochschulpastoral nicht halt. Personalstellen werden gekürzt und Haushalte bis zur Schmerzgrenze zusammengestrichen. Die Stärkung und der Ausbau der Präsenz der Kirche an den Hochschulen, wie sie der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz 1999 im Zuge der Neuordnung der bundesweiten Strukturen der Hochschulpastoral zum Ziel gesetzt hatte, sieht sich in dieser Situation einer ernsthaften Bewährung ausgesetzt.

Perspektiven für die Zukunft

Ungeachtet der schwieriger werdenden Situation ist die Präsenz der Theologie an staatlichen Universitäten bisher noch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Und auch die Bedeutung der Hochschulpastoral für die Präsenz der Kirche in Wissenschaft und Hochschule wird in den Bistümern zunehmend wahrgenommen. Im Blick auf die Zukunft nützt bei allen Beteiligten reines Besitzstandsdenken wenig. Neue Formen des Kooperierens und ergänzende, alternative Finanzierungsmöglichkeiten müssen gesucht werden. In erster Linie kommt es aber darauf an, dass Theologische Fakultäten und Hochschulgemeinden die oben beschriebenen Chancen der Evangelisierung der Kultur im Hochschulraum glaubhaft wahrnehmen. Nur wenn sie sich allen "Menschen guten Willens" öffnen und sich dem Dialog mit den Wissenschaften stellen, können sie mit Recht von der verfassten Kirche fordern, dass sie als ein wichtiger Sonderbereich pastoralen Handelns auch in Zukunft mit den erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden.

Dr. Lukas Rölli, Geschäftsführer des Forum Hochschule und Kirche e.V., Bonn

Dialog von der Gegenwart Gottes

Gestaltung eines kirchlichen Raumes als Botschaft

Es ist kaum zu übersehen: Nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil hat die Liturgie in der katholischen Kirche eine unerwartete Vielfalt gewonnen. Die Einsicht, dass Liturgie "Feier" der versammelten Gemeinde ist, trat immer mehr in das Bewusstsein der Gläubigen und Priester. Diese "Feier" versteht sich allerdings keineswegs als Selbstzweck, sondern als ein lebendiger Dialog der gläubigen Gemeinde mit ihrem Gott. Dieses Selbstverständnis prägt seit Jahrhunderten auch das Leben der Gläubigen in der Gesellschaft. Auch heute können weder Staat noch Politik auf dieses gelebte Zeugnis christlichen Glaubens verzichten.

Wenn wir einen Gottesdienstraum betreten, erfahren wir etwas von der Geschichte einer Gemeinde, aber auch von ihrer derzeitigen Situation. Spirituelle Prägungen, theologische Schwerpunkte und liturgische Konzepte lassen sich für das geübte Auge an der Gestaltung des liturgischen Raumes ablesen. Dementsprechend ist bei der Neugestaltung einer Kirche oder Kapelle auch darauf zu achten, welche Botschaft wir damit in die Welt senden. Die Eucharistiefeier, für die eine Kirche ja in erster Linie gebaut wird, ist zwar der innerste Kern einer Gemeinde, zu dem nicht jeder Tourist vorstoßen will und vorstoßen kann, aber dennoch ist es wichtig, auch die "Hineinstolpernden" im Blick zu behalten. Eine Gemeinde gestaltet ihre Kirche für sich, aber sie gibt damit viel preis von sich und sie sendet Signale in die Gesellschaft.

So sollen hier Grundzüge der Gestaltung eines kirchlichen Raumes nicht als Musterlösung, sondern als ein Beispiel, dem andere gleichwertig an die Seite gestellt werden können, vorgestellt werden. Die Darstellung orientiert sich dabei am Prozess der Neugestaltung der Hauskapelle im Generalsekretariat des ZdK.

Menschen versammeln sich

Ein Gottesdienstraum ist zunächst ein Versammlungsraum. Menschen kommen hier zusammen, um etwas gemeinsam zu tun. Dafür eignet sich eine Anordnung der Stühle oder Bänke beson-

ders gut, bei der alle einander wahrnehmen und nonverbal miteinander kommunizieren können. Gemeinsames Beten und Singen, ja selbst die Stille des Gebetes können auf diese Weise synergetisch verstärkt und zum gemeinschaftlichen Handeln werden. Die Positionierung der Sitzgelegenheiten um einen zentralen Punkt macht deutlich, dass Gottesdienst ein kommunikatives Geschehen ist und unterstreicht die "aktive Teilhabe" der Gläubigen an der Liturgie. Die Gemeinschaft gehört konstitutiv zum Glauben dazu. Gläubige sind keine Einzelkämpfer, sie stützen und tragen sich gegenseitig. Was in der persönlichen Begegnung des Einzelnen mit Gott gewachsen ist, wird hier zusammengetragen und für alle fruchtbar gemacht. Als Gemeinde senden wir das Signal in die Gesellschaft, dass uns die Gemeinschaft wichtig ist und wir nicht alleine Gottesdienst feiern wollen und können.

Wort und Sakrament

Doch ist die Versammlung der Gemeinde nicht die Sinnspitze des katholischen Gottesdienstes. Die Gemeinde versammelt sich nicht um sich selbst, sondern um den in Wort und Sakrament gegenwärtigen Herrn. Deshalb ist es sinnvoll, wenn die Symbole dieser beiden zentralen Pfeiler des Gottesdienstes auch das Zentrum der Versammlung bilden; Altar und Ambo können so aufgestellt werden, dass sie wie die beiden Brennpunkte einer Ellipse miteinander das Zentrum der Gemeinde bilden. Der Ambo ist dabei der Ort, auf den das Evangelium in feierlicher Prozession getragen wird und von dem aus den Gläubigen das Wort Gottes verkündet wird. Er ist der "Tisch des Wortes", an dem die Gemeinde sich mit dem Wort Gottes nährt. Seine hervorgehobene Stellung verdeutlicht die Sakramentalität des Wortes. Der Altar als "Tisch des Brotes" bildet wegen seiner Größe und inneren Bedeutung trotzdem den Schwerpunkt des Raumes. Die Gemeinde versammelt sich um ihn, um das Herrenmahl zu feiern und dem Herrn unter der Gestalt von Brot und Wein zu begegnen. So bilden Altar und Ambo miteinander das Symbol der Gegenwart Gottes. Sie stehen in einer Linie, die in die Gemeinde hinein verlängert wird durch den Priestersitz. Das Vorsteheramt ist eine eigene Größe, die aber dem Wort und dem Sakrament (und letztendlich der Gemeinde) dienend zugeordnet ist. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass der Priestersitz nicht zum Thron gerät, er sollte eher der Ort des Gottesknechtes sein.

Dialog

Wort und Sakrament sind aufeinander bezogen, sie sind aufeinander angewiesen. In der Raumanordnung entsteht ein Dialog zwischen Altar und Ambo, der sich auch in der formalen Gestaltung der beiden liturgischen Orte niederschlagen muss. Wenn beide im Dialog miteinander als Symbol der Gegenwart Gottes begriffen werden, dann wird auf diese Weise deutlich, dass die Gegenwart Gottes niemals statisch ist. Sie ist ein dynamisches Geschehen, ein lebendiger Prozess, in den sich die versammelte Gemeinde im Gottesdienst einklinkt.

So wie Glauben in der Bibel immer wieder als Dialog, als lebendige Begegnung zwischen Gott und Menschen charakterisiert wird, so sollte auch die Anordnung der liturgischen Orte im Kirchenraum den Dialog als wesentliches Merkmal des Glaubens deutlich machen (und vielleicht könnte es sogar gelingen, durch eine entsprechende Gestaltung des Kirchenraumes den Dialog als wesentliches Merkmal unserer Kirche zu unterstreichen).

Sammlung und Ausrichtung

Christliche Gemeinde zeigt sich als eine Gemeinschaft, die sich um ein klares Zentrum versammelt. Die innere Sammlung, die Konzentration auf die Stille, auf die Gegenwart Gottes in Wort und Sakrament, sind ihr wichtig. Aber sie konzentriert sich nicht auf sich selbst. Neben der Sammlung nach innen ist ihr auch die Ausrichtung wichtig. Ihr Gebet muss ein Ziel haben. Es gehört zu den Schwierigkeiten in der Ausgestaltung der Liturgiereform des Zweiten Vatikanischen Konzils, dass der Priester in der Zelebrationsrichtung "versus populum" bei der Eucharistiefeier schnell als das eigentliche Ziel der Gebete der Gläubigen missverstanden werden kann, er kann zum Zielpunkt und damit zum Mittelpunkt des Gottesdienstes werden. Dem kann entgegengewirkt werden, indem es eine gemeinsame Ausrichtung von Gemeinde und Priester während der Eucharistiefeier nach Osten, in Richtung des wiederkehrenden Christus gibt, verdeutlicht durch die gemeinsame Blickrichtung auf das Kreuz. Dies ist praktisch möglich durch eine Aufstellung des Kreuzes als Zielpunkt in der zentralen Linie von Priestersitz, Altar und Ambo. Es gibt somit drei verschiedene

Raumsituationen: Während des Gottesdienstes befindet sich der Priester am Priestersitz, von wo aus er auch die "Amtsgebete" spricht, aus der Gemeinde heraus und mit ihr ausgerichtet auf das Kreuz. Zur Wortverkündigung tritt er an den Ambo, wird zum Gegenüber der Gemeinde, die er als Zuhörer vor sich (nicht um sich) hat. Während der Eucharistiefeier tritt er aber an den Altar, um den die Gemeinde versammelt ist, und bringt mit ihr gemeinsam das Opfer des Lobes dar – auf das Kreuz hin.

Leere Mitte

Der Raum zwischen Altar und Ambo soll dabei leer bleiben. Das Kraftfeld zwischen den beiden Polen soll durch keine zusätzliche Ausstattung gestört werden. Es muss eine leere Mitte bleiben, die nicht von Blumen, Kreuz oder anderem gefüllt wird. Auf diese Weise bleibt eine Spannung im Raum, es bleibt eine Tür offen, durch die Gott eintreten kann. Nur zum Kommunionempfang betreten die Gläubigen das Zentrum der Ellipse, treten ein in das Zentrum der Gegenwart Gottes. Auf diese Weise zeigt sich christliche Gemeinde als offene Gemeinschaft, als Gemeinschaft, die nach innen offen ist, nicht nur nach außen. Sie weist über sich hinaus, ist offen für die transzendente Wirklichkeit unserer Welt. Vielleicht ist gerade das eine Botschaft, die unserer Gesellschaft gut tun würde.

Dr. Detlef Stäps, Rektor im Generalsekretariat des ZdK

Mit einer überwältigenden Mehrheit (2158 zu 19 Stimmen) wurde während des II. Vatikanischen Konzils im Jahre 1963 von den Konzilsvätern eine Reform der Liturgie eingeleitet. Besonders strittig waren zunächst die Einführung der Volkssprache anstelle des Latein und Gewährung der Laienkommunion unter beiden Gestalten. Die Änderungen wurden von Ländern wie Deutschland, Frankreich und den Ländern Lateinamerikas gefordert, in denen die "liturgische Bewegung" seit langem heimisch war. Das II. Vatikanum hat es ermöglicht, dass sich in der Folgezeit eine unerwartete liturgische Vielfalt als Ausdruck gelebten Glaubens entwickeln konnte.

Ökumenisch unterwegs - von Berlin nach Ulm

Zum Ökumene-Programm des
95. Deutschen Katholikentags Ulm 2004

Christlich gelebtes Leben verbindet! Diese Erfahrung haben Tausende von Menschen gemacht, als sie während des Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin miteinander diskutierten, beteten und feierten. Einander zuhören und einander respektieren, dass dies unter Christinnen und Christen, trotz unterschiedlicher konfessioneller Herkunft, möglich ist und Christinnen und Christen in unserer Gesellschaft stärkt, war die wohl wichtigste ökumenische Erfahrung in Berlin. Der Ökumenische Kirchentag war ein Meilenstein auf dem gemeinsamen ökumenischen Weg. Wie geht es weiter und welche ökumenische Wegmarke wird der 95. Deutsche Katholikentag setzen, der zwischen dem 16. und 20. Juni dieses Jahres in Ulm stattfindet?

Das Leitwort "Leben aus Gottes Kraft" ist ein Markenzeichen für die Ökumene auf dem Ulmer Katholikentag. Greift es doch die gute Erfahrung von Berlin unmittelbar auf: Was bedeutet es konkret für Christinnen und Christen heute ohne konfessionelle Abgrenzungen aus Gottes Kraft zu leben? Ein ökumenisch zusammengesetzter Arbeitskreis hat sich dieser Herausforderung gestellt und ein Ökumene-Programm entworfen, das unmittelbar an die Erfahrungen und Inhalte von Berlin anknüpft, aber auch neue Akzente setzt. Mehrere Hauptpodien und ein ökumenisches Begegnungszentrum mit einem durchlaufenden Programm sind das Ergebnis.

Leben aus Gottes Kraft – Begegnung und Austausch

Ob Ökumenischer Kirchentag, Deutscher Katholikentag oder Deutscher Evangelischer Kirchentag, nur diese Ereignisse bieten in kompakter Form ein Forum, in dem sich die verschiedenen, auch alltags wirkenden Akteure der Ökumene, nämlich die Theologie, das Amt und die Gemeinde auf breiter Basis einander begegnen und sich miteinander austauschen können. Inhaltlich geprägt wird dieses Forum in Ulm durch drei thematische Schwerpunkte:

1. die Ökumene des Lebens,
2. eine Fortführung ökumenischer Themen, die beim Ökumenischen Kirchentag Schwerpunkte waren und
3. den Lebensraum "Donau" unter dem Gesichtspunkt der Ökumene mit einem Schwerpunkt auf der Orthodoxie.

Ökumene des Lebens - Theologie und Praxis

"Ökumenismus des Lebens" bezeichnet eine erneuerte ökumenische Spiritualität, die das Miteinander der ökumenischen Partner erdet. In vielen Ordensgemeinschaften und ökumenischen Gruppierungen, aber auch auf Diözesan- und Pfarreiebene praktizieren Christinnen und Christen regelmäßig im Gebet und im Leben dieses geistliche Miteinander über die konfessionellen Grenzen hinweg. Diese Ökumene des Lebens muss gefördert werden, weil Fortschritte hier auch die Lösung anderer Fragen anbahnen können, die z.B. das Amt, Glaubensinhalte oder das sakramentale Leben betreffen. Walter Kardinal Kasper wird in Ulm in einem Hauptvortrag über die theologische Grundlegung der "Ökumene des Lebens" sprechen. Ein Hauptpodium wird dazu einladen, sich beispielhaft mit den konkreten Erfahrungen, Hindernissen und Perspektiven der "Ökumene des Lebens" in Gemeinde-Partnerschaften, gemeinsamen sozial-diakonischen Initiativen und der City-Pastoral zu befassen.

Die leider bisher nicht ausreichend aufgegriffene Studie "Communio sanctorum - Die Kirche als Gemeinschaft der Heiligen", die die Ergebnisse des seit 1987 fortgeführten Gesprächs der bilateralen Arbeitsgruppe der Deutschen Bischofskonferenz und der Kirchenleitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vorlegt, stand Pate bei der weiteren Themenfindung zum Stichwort "Ökumene des Lebens". So geht es in verschiedenen Veranstaltungen um die spirituelle Dimension des Amtes in der Kirche, um die Frage einer ökumenischen Spiritualität, um die Bedeutung ökumenischen Liedgutes im Gemeindeleben, um das Leben mit Heiligen als Vorbildern des Glaubens und um die Ökumene des Lebens über den Tod hinaus in Liturgie und Pastoral.

Aufsehen erregte beim Ökumenischen Kirchentag in Berlin die Bestätigung der "Charta oecumenica" durch zahlreiche namhafte Kirchenvertreterinnen und -vertreter im Rahmen einer feierlichen Veran-

staltung. Die in der Charta vereinbarten Ziele stehen - im Sinne einer erneuten Selbstverpflichtung der beteiligten Kirchen - nun auch wieder in Deutschland auf der Tagesordnung. Der Katholikentag in Ulm greift diese Anregung auf und führt die Thematik mit einem Podium, einer Ausstellung und mit einem thematischen Mittagsgebet fort.

Dialog fortsetzen - ökumenischen Zugewinn vertiefen

Das Thema "Abendmahl und Eucharistie" hatte auf dem Ökumenischen Kirchentag einen hohen Stellenwert. Das Ergebnis einer Umfrage durch die Zeitschriften "Christ in der Gegenwart" und "Chrismon" zu der Bedeutung von Abendmahl und Eucharistie hatte, zur Überraschung vieler Fachleute, gezeigt, dass diese Frage vielen Christinnen und Christen persönlich mehr bedeutet und das Leben tiefer prägt als vielfach angenommen wurde. Eine Ausstellung, "Was Abendmahl und Eucharistie mir bedeuten - Eine Seh-, Schreib- und Leseschule" wird diese Thematik in Ulm aufgreifen. Bild- und Textzeugnisse aus allen christlichen Traditionen zu Abendmahl und Eucharistie sollen die Besucher anregen, über das eigene Erleben nachzudenken und es zu bezeugen.

In einem ökumenischen Gespräch zwischen den Münsteraner Theologinnen, Prof. Dr. Dorothea Sattler und Prof. Dr. Friederike Nüssel, wird das aktuell zwischen römisch-katholischen und evangelischen Christen gemeinsam erreichte Verständnis von Abendmahl und Eucharistie vorgestellt. Diese Veranstaltung soll helfen, Vorurteile und Unkenntnis über das theologisch Erreichte aus dem Weg zu räumen. Eine weitere Veranstaltung stellt die unterschiedlichen liturgischen Traditionen von Abendmahl und Eucharistie in der Orthodoxie, der evangelisch-lutherischen und der römisch-katholischen Kirche in den Mittelpunkt.

Ökumene wohin? - Fragen nach der Zukunft der Ökumene

Nicht erst seit dem Ökumenischen Kirchentag in Berlin, sondern zu allen Zeiten, seit es Ökumene gibt, haben sich Menschen gefragt, wohin der nächste Schritt in der ökumenischen Entwicklung

führen kann oder führen wird. Auch auf dem Katholikentag in Ulm treibt die Menschen diese Frage um. Theologisch bedacht wird diese Frage in einem Podium, das nach Zielen und Methoden der Ökumene fragt. Kann der "differenzierte Konsens" die Methode sein, die die Kirchen in der Frage des Amts- und Kirchenverständnisses voranbringt oder lassen sich andere Wege finden? Welches sind die nächsten Ziele im theologischen Gespräch?

Bei der Erfahrung des einfachen Christen wird in dem gemeinsam vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) geplanten Podium mit dem Titel "Zwischen Heimat und neuen Horizonten - Wie kompatibel sind unsere Kirchen?" angesetzt. Jeder Christ lebt seine eigene konfessionelle Identität von norddeutsch-protestantisch bis bayrisch-katholisch. Was heißt das für die Ökumene und den Wunsch nach Einheit der Christen? Sind die Kirchen überhaupt kompatibel?

Den Blick nach Osten weiten - Verbindendes stärken

Der Katholikentagsort Ulm veranlasst die Veranstalter, den Blick bewusst nach Osten zu richten. Die Donau verbindet nicht nur Länder und Städte, sondern auch zahlreiche Konfessionen. Gleichzeitig steht Europa vor seiner politischen Erweiterung, die auch kulturelles Umdenken erforderlich macht. Wie steht es um die verschiedenen Konfessionsfamilien und Religionen, die die Menschen im Donaoraum trennt oder verbindet? Ein ökumenischer Abendsegen während des Katholikentags in Ulm an der Donau, der an die orthodoxe Flussegung anknüpft, will die Zusammengehörigkeit der Christen im Donaoraum stärken.

Ökumene wird man in Ulm auch in anderen Programmbereichen finden. Die geplanten großen ökumenischen Gottesdienste während des Katholikentags aber werden der Ökumene die notwendige geistliche Kraft verleihen, die Christinnen und Christen auf dem weiteren gemeinsamen Weg brauchen.

Lioba Speer, Programmreferentin in der AG Katholikentage und Großveranstaltungen im Generalsekretariat des ZdK